



## **Niederschrift**

27. Plenarsitzung des Gemeinderates  
27. Juli 2021, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

### **Punkt 22 der Tagesordnung: Wertschätzung für das Ehrenamt stärken!**

**Antrag: FW|FÜR**

**Vorlage: 2021/0308**

**dazu:**

**Zentrale Anlaufstelle für Ehrenamtliche schaffen**

**Ergänzungsantrag: FW|FÜR**

**Vorlage: 2021/0308/1**

### **Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 13. Juli 2021 sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Ca. 50 Prozent der Baden-Württemberger über 10 Jahre sind ehrenamtlich engagiert. Das heißt, das ist schon eine Riesenaufgabe, denen Wertschätzung zu geben. Unser ursprünglicher Antrag hatte darauf hingezielt, ein Konzept der Wertschätzung auszuarbeiten. Darauf haben wir eine Antwort der Verwaltung bekommen, mit einer unglaublichen Liste, was alles schon getan wird. Wir schätzen das, was schon getan wird. Das ist eine Menge und deswegen hat die Verwaltung schon gedacht, der Antrag ist erledigt. Deswegen kam dieser Ergänzungsantrag. Im Forum Ehrenamt wurde darüber diskutiert, was die Ehrenamtlichen eigentlich wollen. Da kam heraus, dass sie oft bei Beantragungen für Veranstaltungen sehr viel Mühe haben, die verschiedenen Verwaltungsteile, die verschiedenen Ämter anzusprechen, organisatorisch das alles abzuklären.

Deswegen war das Anliegen, die Arbeit der Ehrenamtlichen zu erleichtern. Das bedeutet - das wird die Erleichterung -, dass sie an eine Stelle gehen und dort koordiniert alles Weitere an die Ämter weitergegeben werden kann, dass sozusagen die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit unter-

stützt werden. Das ist unser Anliegen. Die Verwaltung hatte geantwortet - ich fand es hoch interessant -, dass das Land Baden-Württemberg schon etwas auf den Weg gebracht hat und auch, dass die Kämmerei schon ansatzweise für Veranstaltungen, die für die Stadt von Relevanz sind, für die Stadt so eine Koordination übernommen hat. Und dies ist eigentlich unser Begehren, dass es in breiterer Weise aufgestellt wird. Der Vorschlag jetzt der Verwaltung ist der, dass wir abwarten mit diesem Antrag, bis dieses Programm dann fertig ist, und der dann wieder auf die Tagesordnung kommt. So habe ich es verstanden, und mit dem wären wir auch einverstanden.

Aber wichtig ist, dass diese Sache wirklich weitergetrieben wird, weil wir glauben, das wäre eine echte Unterstützung für viele, denn die wollen ihre Arbeit tun und nicht mit Verwaltungsdingen konfrontiert sein.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Engagementpolitik ist Demokratieförderung. Bürgerinnen, die sich ehrenamtlich engagieren, bereichern und fördern das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt. Sie übernehmen Aufgaben, die die Kommune nicht übernimmt oder übernehmen kann. Im besten Sinne beteiligen sie sich politisch, da sie sich unabhängig von finanziellen oder anderweitigen Interessen für das Gemeinwohl einsetzen. Eines der Hauptmotivationen des Ehrenamtes ist sicher die sinnstiftende Arbeit und die daraus erwachsene Selbstbestimmtheit, gerade und besonders bei Jugendlichen. Ob auf Bundes- oder Landesebene, das Ehrenamt bzw. das bürgerschaftliche Engagement wird gewürdigt und gefördert, wie zum Beispiel in der Engagementstrategie Baden-Württemberg, denn Engagementpolitik ist schlussendlich Demokratieförderung. Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und der aktuellen Krise, wie zum Beispiel Corona oder Klimawandel, entwickelt sich das Ehrenamt, das allein in den Vereinen stattfindet, weiter zu einem bürgerschaftlichen Engagement, das sich in diesen Krisen annimmt, wie zum Beispiel in der Bewegung der Fridays for Future. Aber auch Bürgerinitiativen, die sich in Form von Energie oder Wohnungsbaugenossenschaften zusammenschließen, sind eine Form der Bürgerbeteiligung, die die Lücken in der Allgemeinversorgung schließen kann. Die Kommune braucht dieses Engagement, um ihre Aufgaben beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wohnungsnot zu bewältigen.

So unterschiedlich also wie die Motivationen der Freiwilligen sind, so unterschiedlich sind die Vorstellungen über die Art der Wertschätzung. Die Stadt Karlsruhe bzw. das Büro für Mitwirkung und Engagement hat sich auch durch den Vorschlag des gemeinderätlichen Beirats des Forums Ehrenamt bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern und zu würdigen. Als Kommune haben wir hier eine vermittelnde Funktion, indem wir die Bedingungen zur Beteiligung verbessern, zum Beispiel bürokratische Hürden zur Beteiligung abbauen, verschiedene Plattformen zur Vernetzung und Präsentation schaffen und damit dem veränderten bürgerschaftlichen Bewusstsein Rechnung tragen. Wir sind mit der Antwort der Verwaltung einverstanden und freuen uns auf die Informationsveranstaltung zur Initiative des Landes Baden-Württemberg sowie auf eine wachsende Zusammenarbeit von Politik und Bürgerschaft.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich möchte vorausschicken, dass wir als Stadt Karlsruhe schon sehr viel für das Ehrenamt machen. Ich möchte auch jetzt nicht hier weiter ausführen, dass es ein sehr nachhaltiges und beständiges Anliegen meiner Fraktion schon immer war, das Ehrenamt zu fördern. Das könnte man an zahllosen Initiativen und so weiter belegen. Also, da brauchen wir uns wahrscheinlich wechselseitig gar nichts vormachen. Die Bedeutung des Ehrenamts ist unbestritten.

Was nun dieser rührige Antrag der Freien WählerFÜR angeht, so hat er immerhin doch den Verdienst, dass das Thema in mindestens drei Gremien sehr ausführlich erörtert wurde, und das ist nicht schlecht. Mir war das Wichtigste die Diskussion im Forum, denn da habe ich mit den Praktikern zu tun gehabt. Da habe ich zugehört und habe auch verstanden, was deren Probleme sind. Da sind einige Leistungen der Stadt, die vielleicht bisher im Vordergrund standen, nicht mehr als so wichtig herausgestellt worden. Ich sage jetzt mal die Verleihung von Urkunden, nur als Beispiel. Das muss nicht auch insgesamt abgelehnt werden, aber man sieht, man hat gemerkt, wo deren Problem ist und das ist wohl wahrscheinlich die Kommunikation mit der Verwaltung. Manchmal hat man das Empfinden, wenn man jetzt als Ehrenamtlicher antritt, dass man nicht gleich so behandelt und gewürdigt wird, wie es eigentlich das Engagement verdient. Von daher glaube ich, müssen wir auf diese Kommunikation noch ein besonderes Augenmerk legen. Ich sehe ja, die Verwaltung legt das Augenmerk richtig und prüft jetzt eine Fördermöglichkeit, sodass eine Einlaufstelle möglich ist.

Ob wir es mit zusätzlicher Bürokratie wirklich den Ehrenamtlichen leichter machen, das wage ich zu bezweifeln. Ich sehe die wertschätzende Kommunikation im Vordergrund. Ich habe mal gesagt, dieses wechselseitige lächelnde Verhalten können wir unserer Verwaltung durchaus nicht nur zumuten, sondern auch zutrauen. Das habe ich auch immer wieder so erlebt, sodass ich nicht bange bin, dass das auch weiterhin sich positiv entwickelt

**Stadtrat Jooß (FDP):** Ohne Ehrenamt geht bei uns in Deutschland gar nichts. Das Ehrenamt nimmt viel dem Staat ab. Es ist im Grunde eine Sparsbüchse für den Staat. Weniger Bürokratie ist unerlässlich. Das steht auch bei uns an erster Stelle im Wahlprogramm für die Bundestagswahl, Bürokratieabbau, vorne und hinten und immer wieder Abbau. Zum Beispiel müssen Vorstände in Vereinen für alles den Kopf hinhalten, sie sind verantwortlich.

Heiner Maul sagte einmal als Vorstand seines Vereins, er muss das alles gegenüber dem Finanzamt klären, sogar die Gemeinnützigkeit und so weiter und so fort. Die Vorstände haben eine Riesenaufgabe und sind für alles verantwortlich und müssen den Kopf hinhalten. Ich denke, in der Bürokratie zum Beispiel an das Altstadtfest. Da gibt es viele Vereine, die nicht mehr mitmachen können. Sie wissen alle, Hygienevorschriften und so weiter und so fort, das ist ein Bremspunkt ohne Ende. Der SSC wählt demnächst einen neuen Vorstand, das wird ein Jurist. Die sind auch dringend notwendig. Wenn man einen Antrag zum Beispiel stellt für Ehrungen, Bundesverdienstkreuz oder ähnliches, das geht oft ein Jahr oder bis zwei Jahre, bis man das bekommt, weil alle Ämter und so weiter befragt werden müssen, ob das gerechtfertigt ist. Also, wieder Bürokratie, Bürokratie ohne Ende. Trotzdem stimmen wir dem Antrag von Friedemann Kalmbach zu, dass man irgendwas zentralisiert ohne Personalaufbau. Denn wir können nicht noch mehr Personal hier in der Stadt aufbauen. Das muss auf einem anderen Wege mitgemacht werden. Die Ämter müssen das irgendwo unterbringen, dass sie das managen.

Noch ein Punkt, kurze Wege gibt es zum Beispiel bei der Wahl des Sportlers des Jahres. Das geht ganz einfach und da geht es relativ schnell. So wünsche ich mir die Vorgehensweise für das Ehrenamt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte mich weitgehend den Worten meines Vorredners anschließen. Das Ehrenamt ist in Deutschland sehr wichtig, und zwar vor allem das Ehrenamt von den Leuten, die in Vereinen über Jahre, teilweise Jahrzehnte, sogar mehrere Jahrzehnte, aktiv

tätig sind. Das Problem, mit dem die zu tun haben, ist, dass eben in der Zwischenzeit die Bürokratie deutlich zugenommen hat und Aktionen der Vereine deutlich schwieriger geworden sind, sodass sie mehr Unterstützung brauchen, um die Aktionen dann auch durchführen zu können. Ich denke zum Beispiel an das Straßenfest in Bulach, das früher die Vereine gemeinsam ausgerichtet haben, seit einigen Jahren nicht mehr, einfach weil der organisatorische Aufwand zu groß ist. Das ist ein Teil unserer Kultur und unserer Tradition, der verloren geht und auch ein Teil unseres Miteinanders, wo die Akteure der verschiedenen Vereine aufeinandertreffen, wo man sich trifft, wo man sich austauscht. Das sind die Dinge, wo wir als Stadt weiter aktiv sein müssen, um die Arbeit der Ehrenamtlichen leichter zu machen, erträglicher zu machen in einer Welt, die immer mehr mit immer mehr bürokratischen Hürden aufwartet. Vor dem Hintergrund begrüßen wir auch den Antrag von FW|FÜR und unterstützen ihn.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich glaube, jeder, der hier in diesem Raum sitzt, weiß das Ehrenamt zu schätzen und würdigt das auch. Ich behaupte mal, dass vielleicht 60 oder 70 Prozent der hier Anwesenden auch über das ehrenamtliche Engagement, sei es in einer Partei oder in einem Verein, letztlich hierher gekommen ist. Insofern kann ich allen meinen Vorrednern zustimmen, was die Würdigung des Ehrenamtes anbelangt und die Schätzung dieser ehrenamtlich tätigen Menschen. In der Vorlage hat die Verwaltung das schon wunderbar dargelegt.

Die Einschätzung, wie ich ein Ehrenamt würdige, ist natürlich unterschiedlich. Das geht von monetären Vorstellungen bis zu Schulungsangeboten oder eben dann die Würdigung mit einer Medaille oder mit einer Urkunde im öffentlichen Raum. Das ist so, und das wird auch so bleiben. Da können wir nichts ändern. Es gab auch oder ich glaube, es gibt immer noch die Bürgerempfänge, das kam immer sehr gut an, wo Vereinsvertreter aus den verschiedenen Kategorien eingeladen wurden. Das ist auch ein gutes Forum, um die Ehrenamtlichen zu würdigen. Aber das Wichtigste ist für mich, dass wir als Vertreter der Stadt Karlsruhe auch rausgehen und mit den Leuten reden. Sei es in den Vereinen, und das ehrenamtliche Engagement spielt sich nicht nur in den Vereinen ab, sondern auch in anderen Organisationen, und dass wir hingehen, mit denen reden. Ich glaube, und das erfahre ich persönlich immer wieder, das ist die größte Wertschätzung.

Wo allerdings wirklich ein Problem liegt, das ist die Überalterung. Ich kann einen Verein nennen, da ist der Vorsitzende schon seit gefühlt 35 Jahren, glaube ich, Vorsitzender. Der würde das gerne abgeben. Aber er findet keinen Nachfolger. Das ist wirklich ein Problem, dass also die nächste, die junge Generation oftmals nicht bereit ist, so ein Ehrenamt zu übernehmen. Warum ist sie nicht bereit, so ein Ehrenamt zu übernehmen? Das ist auch schon angesprochen worden, das sind wirklich teilweise die bürokratischen Hürden. Da kann die Stadt nichts dazu. Die kann also nicht jetzt was dazu, dass bei einem Straßenfest die Hygienevorschriften so hoch sind, dass die, die hinter dem Kuchenstand stehen, dann plötzlich entscheiden müssen, wer von uns geht zur Hygieneschulung und dann noch unterscheiden zur großen oder zur kleinen Hygieneschulung. Dann müssen blaue Abwasserschläuche und was weiß ich, weiße Zulaufschläuche angeschafft werden. Es ist schon ein enormer Aufwand, der betrieben werden muss, das es den Vereinen sehr schwer macht.

Und da kommt noch hinzu, die Vereine, jetzt gehe ich wieder auf das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen zurück, brauchen oftmals dieses Geld von den Vereinsfesten, um für manchmal ein ganzes Jahr ihr Vereinsleben aufrecht zu erhalten. Wenn Sie heute erfahren in den Versammlungen, was so ein Dirigent eines Chores in einer kleinen Stadtteilgemeinde, sage

ich mal, wie Hohenwettersbach, kleiner Chor oder des Musikvereins, an Honoraren bekommt, das kann ein Verein schon fast nicht mehr stemmen. Diese zusätzlichen Einnahmen durch Vereinsfeste und so, die brauchen die. Wenn ich dann diese Hürden habe und mich abquäle und dann die ehrenamtlichen Helfer noch fehlen, dann ist es halt oftmals schwierig. Nichtsdestotrotz, wir unterstützen das und die Beratung, dass jetzt dieses Konzept ausgearbeitet wird, begrüßen wir auf jeden Fall.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Ich glaube, wir müssen uns auch einmal vor Augen halten, dass dieses sogenannte Ehrenamt auch einem Wandel unterzogen wird, nämlich von vielen jungen Leuten, die nicht mehr, wie wir es früher kannten, im Verein aktiv sind, sondern sich bürgerschaftlich engagieren, in ganz vielen unterschiedlichen Themeninhalten einfach anpacken, wo sie gerade das Gefühl haben, es ist Not, man muss was tun. Und vor dem Hintergrund dieses Wandels ist vielleicht auch tatsächlich noch einmal eine neue Betrachtung von dem Ganzen notwendig. Dass man Menschen ehrt und würdigt, was sie als Vereinsvorstände gemacht haben, bewegt haben, finde ich vollkommen okay. Aber ich habe das Gefühl, dass das in Karlsruhe tatsächlich auch so stattfindet. Ich bin auch wirklich mit der Stellungnahme der Stadtverwaltung sehr einverstanden. Ich denke schon, dass man hier in Karlsruhe weiß, wie viel es wert ist, was diese Menschen tun. Trotzdem ist klar, es findet hier eine Veränderung statt.

Ich behaupte eines, viele dieser jungen Aktivistinnen haben inhaltliche Anliegen. Die wenden sich dann an die Fachabteilung im Rathaus, von der sie wissen, die ist zuständig für ein Thema. Und deshalb glaube ich tatsächlich, muss man sich überlegen, man braucht wahrscheinlich fast in allen Ämtern, in allen Abteilungen, Menschen, die vonseiten der Stadtverwaltung in der Lage sind, dann weiterzuhelfen. Also, eine zentrale Anlaufstelle ist, glaube ich, langfristig betrachtet nicht wirklich die Hilfestellung, die wir brauchen, sondern dieses Wissen der Menschen in der Verwaltung, wie viel es wert ist, wenn sich Leute aus der Bürgerschaft bei ihnen melden und sagen, ich hätte hier was und was mache ich denn. Ich glaube, das hilft weiter und von daher denke ich, ist tatsächlich für mich die Antwort der Stadtverwaltung in Ordnung. Ich glaube, wir müssen alle ein bisschen mitdenken, wie kann man Menschen unterstützen, die bereit sind, unentgeltlich was zu tun, was beizutragen zu unserem Gemeinwohl.

**Der Vorsitzende:** Es ist ein Zitat gefallen in der Diskussion. Die Vereinsleute wollen einfach nur ihre Arbeit machen und man soll sie da nicht unnötig erschweren. Wenn ich ein Straßenfest organisiere, gehören diese Genehmigungsfragen, Sicherheitsfragen, Müllfragen, einfach auch zur Arbeit. Da kann ich nicht sagen, der Kuchenverkauf ist meine Arbeit, und alles andere ist nicht meine Arbeit, sondern wenn ich so eine Herausforderung annehme, gehört das einfach auch dazu. Dass dieser Anteil in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist, hat etwas mit sogenannter Bürokratie zu tun, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, dann unternehmen Sie auf Ihren Landes- und Bundesparteitagen etwas, um von dieser Bürokratie wieder was abzubauen. Da haben Sie alle Möglichkeiten. Das alles durch nette, freundliche Mitarbeiter\*innen der Verwaltung auszugleichen, die einem dann alle diese Probleme abnehmen, das ist, glaube ich, ein etwas zu hoher Anspruch an uns. Viele haben sich auch von solchen Festen zurückgezogen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wenn sie etwas angetrunken waren, also wir wissen, wie viel Fastnachtzüge abgesagt wurden wegen der Sicherheitsprobleme. Ich will jetzt nicht noch erklären, was da sonst noch alles passiert ist.

Frau Stadträtin Binder, wenn es stimmt, dass 50 Prozent der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ehrenamtlich engagiert sind, dann gilt das auch für die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Deswegen bin ich sicher, dass es in jedem Amt sicherlich Menschen gibt, die auch genau diese Situation kennen. Nur Sie können halt auch nicht, ich sage mal, ein Auge zudrücken oder jetzt Aufgaben übernehmen, die vom Veranstalter zu übernehmen sind, und das ist ein bisschen das Dilemma. Auf die Altersentwicklung ist hingewiesen worden. Das ist nicht nur im Bereich des Ehrenamts ein Problem. Deswegen hat es auch nicht nur mit Bürokratie zu tun, sondern auch mit einem veränderten Einstellungsverhalten. Wir können an der Stelle gerne beraten und unterstützen, aber wir können diese Probleme nicht lösen. Das will ich einfach noch mal an der Stelle klarstellen.

Wir hatten uns verständigt, wie wir mit den Anträgen umgehen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
20. August 2021